

Soziale Spaltung stoppen!

Exportüberschuss
Rekordgewinne
Steuerflucht
Hochkonjunktur
Reichtum

Armut
Krankheit
Pflegebedürftigkeit
Langzeitarbeitslosigkeit
Leiharbeit



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

„Soziale Spaltung stoppen!“, so lautet das Motto der VdK-Aktion zur Bundestagswahl 2017. Denn trotz der großen Wirtschaftskraft wächst die soziale Kluft in Deutschland immer weiter. Seit der letzten Bundestagswahl konnten auch dank des Sozialverbands VdK einige wichtige sozialpolitische Weichen gestellt werden: von der Anhebung der Mütterrente über Fortschritte bei der Erwerbsminderungsrente, in der Krankenversicherung und Pflege bis zum Mindestlohn. Trotzdem gibt es noch etliche Baustellen. Daher ist das Motto „Soziale Spaltung stoppen!“ ein Signal für einen Kurswechsel in der Sozialpolitik.

Ihre

Ulrike Mascher

Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland e. V.



Die Forderungen des Sozialverbands VdK
zur Bundestagswahl 2017

Rente

20,5 Millionen Rentnerinnen und Rentner leben in Deutschland. 5,7 Millionen Menschen über 55 Jahre sind von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht. Die gesetzliche Rente muss Altersarmut verhindern und zukunftsicher gemacht werden. Davon profitieren auch künftige Generationen von Rentnerinnen und Rentnern.

Wir fordern:

- ▶ **Talfahrt des Rentenniveaus bei 48 Prozent stoppen:** Die Renten müssen wieder ohne Abstriche den Löhnen folgen. Sonst erreichen immer weniger Menschen eine auskömmliche Alterssicherung.
- ▶ **Erwerbsminderung darf nicht zur Armutsfalle werden:** Die Abschläge von bis zu 10,8 Prozent müssen bei Neu- und Bestandsrenten entfallen.
- ▶ **Freibetrag für Grundsicherungsbezieher einführen:** Dieser muss für Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung, wie beispielsweise die Mütterrente, gelten.
- ▶ **Rente für Geringverdiener erhöhen:** Die Rente nach Mindesteinkommen muss befristet verlängert werden, um der Gefahr wachsender Altersarmut entgegenzuwirken.
- ▶ **Mütterrenten vollständig angleichen:** Die älteren Mütter müssen wie die jüngeren drei statt bisher nur zwei Kindererziehungsjahre für die Rente angerechnet bekommen.
- ▶ **Selbstständige in die Rentenversicherung einbeziehen:** So können Selbstständige ohne Altersabsicherung in Versorgungseinrichtungen vor Altersarmut geschützt werden.



Foto: © Fotolia / Bilderstock.com

Für viele Menschen reicht die Rente nicht zum Leben.

Gesundheit

Rund 27 Millionen Menschen in Deutschland leiden an einer oder mehreren chronischen Erkrankungen. Gesundheit muss für alle bezahlbar bleiben. Der Erhalt der Gesundheit darf nicht von der Größe des Geldbeutels abhängig sein.

Wir fordern:

- ▶ **Versicherte entlasten:** Zurzeit werden alle Kostensteigerungen alleine von den Arbeitnehmern und Rentnern über den Zusatzbeitrag finanziert. Die Arbeitgeber müssen sich wieder paritätisch an der Finanzierung beteiligen.
- ▶ **Kosten für nicht-verschreibungspflichtige Arzneimittel übernehmen:** Ältere und chronisch kranke Menschen können sich oft wichtige Medikamente nicht leisten. Daher müssen notwendige nicht-verschreibungspflichtige Arzneien wieder in den Leistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen werden.
- ▶ **Abkassieren bei Hilfsmitteln beenden:** Versicherte stehen oft vor der Wahl, entweder hohe Eigenanteile zu akzeptieren oder mit schlechter Qualität abgespeist zu werden. Die Krankenkassen müssen den Rechtsanspruch auf vollen Behinderungsausgleich gewährleisten und die Kosten übernehmen.
- ▶ **Zahnersatz bezahlbar machen:** Die Regelversorgung muss an den aktuellen medizinischen Standard angepasst werden. Geringverdiener und Menschen mit kleiner Rente müssen auch ohne Eigenanteil einen feststehenden Zahnersatz erhalten.
- ▶ **Integrierte Versorgung schaffen:** Patienten müssen qualitätsgesichert in sektoren- bzw. fachübergreifenden Strukturen versorgt werden. Ärzte, Fachärzte, Krankenhäuser und Reha-Kliniken müssen zur verbindlichen Zusammenarbeit verpflichtet werden.
- ▶ **„Reha vor Pflege“ endlich verwirklichen:** Medizinische Reha muss vom Arzt verordnet werden können. Das Antragsverfahren ist abzuschaffen.

Pflege

Knapp 2,9 Millionen Menschen sind pflegebedürftig. Annähernd drei Viertel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt, 1,38 Millionen allein durch Angehörige. Es gilt auch nach den eingeleiteten Reformen, für Pflegebedürftige, pflegende Angehörige und das Pflegepersonal Nachbesserungen durchzusetzen.

Wir fordern:

- ▶ **Pflegeleistungen anpassen:** Eine jährliche automatische Anpassung der Pflegeversicherungsleistungen an die Kostensteigerungen in der Pflege ist notwendig, damit nicht immer mehr Pflegebedürftige auf Sozialhilfe angewiesen sind.
- ▶ **Pflegende Angehörige besser unterstützen:** Entlastungsangebote müssen weiter ausgebaut und ein flächendeckendes Netz von Pflegestützpunkten geschaffen werden. Für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sollte eine aus Steuermitteln finanzierte Lohnersatzleistung analog zum Elterngeld eingeführt werden.
- ▶ **Wohnen zu Hause im Alter bezahlbar machen:** Der Bund muss deutlich mehr Mittel für den altersgerechten Umbau von Wohnungen bereitstellen. Technische Assistenzsysteme müssen von den Krankenkassen übernommen werden.
- ▶ **Rückgriff auf Kinder einschränken:** Bei der „Hilfe zur Pflege“ sollte auf Unterhaltsansprüche gegenüber den Kindern verzichtet werden, sofern deren Jahreseinkommen unter 100.000 Euro liegt.
- ▶ **Pflegeberufe durch bessere Bezahlung und mehr Wertschätzung attraktiver machen:** Im Jahr 2030 werden bei steigender Zahl der Pflegebedürftigen gut 400.000 Vollzeitkräfte in der Pflege fehlen, wenn nicht gegengesteuert wird.
- ▶ **Pflegeversicherung bedarfsorientiert finanzieren:** Dazu sollte es u. a. einen Steuerzuschuss und einen Solidarausgleich zwischen privater und gesetzlicher Pflegeversicherung geben.

Behinderung

Über 10 Millionen behinderte Menschen leben in Deutschland, rund 7,6 Millionen davon mit einer Schwerbehinderung. Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) verpflichtet Deutschland, das gleichberechtigte Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderung umzusetzen.

Wir fordern:

- ▶ **Barrierefreiheit ohne Ausnahmen:** Dies gilt für Wohnungen, öffentliche Gebäude, Verkehrsmittel sowie alle privaten Güter und Dienstleistungen, insbesondere Gesundheitseinrichtungen wie Arztpraxen und Krankenhäuser.
- ▶ **Arbeitgeber in die Verantwortung nehmen:** Die Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die ihrer Beschäftigungspflicht von Menschen mit Behinderung nur in geringem Umfang oder gar nicht nachkommen, muss deutlich erhöht werden.
- ▶ **Gemeinsames Lernen voranbringen:** Bund und Länder gemeinsam müssen Inklusion in allen Schulen und Hochschulen endlich umsetzen.
- ▶ **Behinderung darf nicht arm machen:** Eingliederungshilfe muss einkommens- und vermögensunabhängig gewährt werden.



Menschen mit Behinderung stoßen oft auf Barrieren.

Armut

Über 16 Millionen Menschen sind in Deutschland von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Rund 6 Millionen Menschen beziehen Arbeitslosengeld II. 7,65 Millionen Menschen verdienen weniger als 10 Euro in der Stunde. Armut ist ein wachsendes Problem in Deutschland. Besonders betroffen sind Kinder, ältere, alleinerziehende und langzeitarbeitslose Menschen.

Wir fordern:

- ▶ **Minijobs sowie Leih- und Zeitarbeit eindämmen:** Wer Altersarmut für künftige Generationen vermeiden will, muss diese Beschäftigungsverhältnisse zurückdrängen.
- ▶ **Mindestlohn deutlich anheben:** Nach langjähriger Beitragszahlung muss eine Rente über dem Grundversicherungsniveau gewährleistet sein.
- ▶ **Arbeitsmarktchancen von Langzeitarbeitslosen verbessern:** Notwendig sind mehr Mittel zur Förderung nachhaltiger Programme zur Wiedereingliederung und die Schaffung eines dauerhaft öffentlich geförderten Arbeitsmarktes.
- ▶ **Regelsatz bei der Grundsicherung im Alter neu berechnen:** Dieser orientiert sich am Bedarf eines 30-jährigen, gesunden Mannes und steht damit im Widerspruch zur Lebensrealität von kranken und alten Menschen.
- ▶ **Regelsatz für Kinder erhöhen:** 2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren leben in Hartz-IV-Haushalten von Grundsicherung. Sie brauchen Zugang zu Bildung und sozialer Teilhabe.
- ▶ **Mieten müssen bezahlbar werden:** Pro Jahr müssen mindestens 150.000 Sozialwohnungen entstehen.

Finanzierung

Die oberen zehn Prozent der deutschen Bevölkerung besitzen mehr als 60 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmsten 50 Prozent besitzen gerade mal 1 Prozent des Gesamtvermögens. Um eine soziale Balance zu schaffen, sind gezielte Investitionen für die ärmere Hälfte der Bevölkerung notwendig. Finanzierbar ist dies durch eine gerechtere Steuerpolitik.

Wir fordern:

- ▶ **Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener anheben:** Dies ist notwendig und solidarisch.
- ▶ **Börsenumsatzsteuer und Vermögensteuer in zeitgemäßer Form wieder einführen:** Durch hohe Freibeträge kann sichergestellt werden, dass nur hohe und höchste Vermögen herangezogen werden.
- ▶ **Steuersätze für große Schenkungen und Erbschaften deutlich anheben:** Sonst bleiben Millionenbeträge bei Betriebsübergängen weiter steuerfrei.
- ▶ **Pauschale Abgeltungssteuer bei Kapitalerträgen abschaffen:** Alle Einkünfte müssen gleich besteuert werden.
- ▶ **Steuerflucht und Steuerhinterziehung verhindern:** So kann mehr Steuergerechtigkeit erreicht werden.



Werden Sie Mitglied in Deutschlands größtem Sozialverband!

www.vdk.de

Der Sozialverband VdK setzt sich mit über 1,8 Millionen Mitgliedern für soziale Gerechtigkeit ein. VdK-Mitglieder profitieren von der kompetenten Beratung im Sozialrecht. Als größter Sozialverband Deutschlands vertritt der VdK wirksam die sozialpolitischen Interessen aller Bürgerinnen und Bürger: unabhängig – solidarisch – stark.



2 Millionen Kinder in Deutschland leben in Armut.